

**ZUM ERSTEN BAND EINER NEUEN REPRINT-SERIE
ADALÉK A MAGYAR KÖZJOGHOZ. ÍRTA DEÁK FERENC. PEST, 1865.**

(Beitrag zum ungarischen Staatsrecht, geschrieben von Ferencz Deák, Pest, 1865)
Közgazdasági és Jogi Kiadó. Bp. 1987.

Ein besonderes Farbfleck unseres allgemeinen Denkens wird höchstwahrscheinlich die Veröffentlichung der im Közgazdasági és Jogi Verlag erschienenen neuen Reprint-Serie mit dem Titel „Die ungarischen Klassiker der Rechtswissenschaft“ sein, deren Redakteur Ferenc Petrik ist. Die Studie „Beitrag zum ungarischen Staatsrecht“ von Ferencz Deák wurde ursprünglich in Budapesti Szemle (Februar 1865) veröffentlicht, als Antwort (Bemerkungen) auf die 1863 von Venczel Lustkandl, dem Wiener Universitätsprofessor publizierte Arbeit (Das ungarisch-österreichische Staatsrecht Wien), die „mit der fragmentarischen Erörterung mancher Punkte des ungarischen und österreichischen Staatsrechts eine politische Anschauung und Kurs zu unterstützen wünschte“ und die Gesetze und Geschichte nach den österreichischen Reichsbestrebungen richten wollte. Gegen die wohlbekannte „Theorie des Verfassungsverlustes“, bzw. in einer anderen Annäherung gegen die die Verfassungsmässigkeit der Gesetze von Jahre 1848 und das Dasein der sich in den früheren Jahrhunderten entwickelten selbständigen ungarischen feudalen Verfassungsmässigkeit leugnende Auffassung trat dieses später auch als Buch (auf deutsch und ungarisch) veröffentlichte Werk auf, das die im Oktober-Diplom, bzw. in Februar-Patent (1861) verkörperten entralisierenden Bestrebungen – das zeitgenössische ungarische allgemeine Denken wirkungsvoll formend – abgelehnt hat.

Deáks „Beitrag“ hat an der Schwelle der Niederlage der Schlacht bei Königsgrätz (1866) das Tageslicht erblickt und das allein lieferte genügend Grund dafür, die baldige Schicksalswendung der Geschichte der Nation in der neueren Zeit (den Ausgleich) auch „aus dem Gesichtspunkt des ungarischen Staatsrechts“ zu erläutern. Der sachkundige Interpretator des Reprints, István Kovács, sagt zutreffend: In Kenntnis seines ganzen Lebenswerkes können wir nicht bezweifeln, dass Deák das ungarische Staatsrecht gründlich kannte und über die international anerkannten zeitgenössischen Ergebnisse der Staats- und Rechtswissenschaften in allgemeinen informiert war. Auch die Klassiker der gegebenen Fachrechtswissenschaft suchend fiel also die Wahl mit Sachkenntnis auf die Aufnahme des in ursprünglichen Buchtitel als „Beitrag“ verfassten Werkes in die Serie.

Während des halben Jahrzehnts zwischen der Niederlage in Italien und Sadova gaben die Habsburger Hofkreise die Hoffnungen noch nicht auf, die absolutistische Regierung des vielsprachigen Reiches mit der modernen (bürgerlichen) Verfassungsmässigkeit in Einklang zu bringen. In dieser wichtigsten Bestrebung hatte aber der Gedanke der ungarischen Eigenstaatlichkeit verständlicherweise keinen Platz und Lustkandls verspäteter und auch in sich selbst unhistorischer Versuch wiederum bedeutete sogar eine Herausforderung für das einheimische allgemeine Denken. Diese spezifische historische Situation bewegte „den Weisen der Heimat“ zur beispiellosen geistigen Kraftprobe, die bis zu Jahrhunderten zurückgehenden historischen Vorereignisse in einer unerhört knappen Studie zu einem System zusammenzufassen.

Den Gedanken der Eigenstaatlichkeit unterstützend „blieb für Deák nur der schmale Pfad offen – sagt István Kovács –, die bürgerliche Verfassungsmässigkeit und Gesetzmässigkeit von 1848 mit den Worten der feudalen Gesetzgebung vor 1848 zu verteidigen und deren Anerkennung als Voraussetzung dafür zu betrachten, um die ersten Schritte auf dem Wege zum Ausgleich überhaupt machen zu können“. Zur Bestätigung der Verfassungsmässigkeit der Gesetze vom März bedeuteten für ihn wiederum „die im Laufe der bewaffneten und politischen Kämpfe der Jahrhunderte errungenen und aufbewahrten staatsrechtlichen Ga-

rantien“ eine sichere Basis. Zusammen mit den Gesetzen vom März beanspruchte er also selbstverständlich auch die Anerkennung all jener staatsrechtlichen Garantien, „die die Eigenstaatlichkeit Ungarns bereits vor der Gesetzgebung vom Jahre 1848 garantierten“. Diesen Anspruch brachten die bekannten Parlamentsreden von Deák in Jahre 1861, bzw. seine Aufschriften zum Ausdruck und schliesslich fasst er das „mit wissenschaftlichem Anspruch“ in den Spalten von Budapesti Szemle zusammen, was wirklich auch heute noch als Beitrag zum Verständnis „des die ungarische Eigenstaatlichkeit zum Ausdruck bringenden ungarischen Staatsrechtes vor 1848“ dienen kann.

Das Februar-Patent wollte einen „durch eine starke zentrale Regierung geführten einheitlichen Staat ins Leben rufen“ und das hätte für den westlichen Teil des Reiches, bzw. für die Erbländer auch in staatsrechtlichen Sinne einen Fortschritt bedeuten können. Diesseits der Leitha hat aber das Patent trotz der schweren Jahre des Neoabsolutismus den abweisen den Widerstand des zeitgenössischen ungarischen allgemeinen Denkens ausgelöst. Eine bedeutende Rolle spielte hier bei uns die spezifische feudale Verfassungsmässigkeit, die in den Jahrhunderten der Neuzeit gegen die Bestrebungen für die Vernichtung der ungarischen Staatlichkeit zustandekam. Mit seinen Wurzeln reichte dieses ungarische feudale Staatsrecht ins 16–17. Jahrhundert zurück und erschien beinahe gleichzeitig mit dem Staatsrecht des Deutsch-Römischen Reiches. Es dauerte also lange, bis dieses Staatsrecht eigentlich noch feudalen Charakters sich mit der spezifischen mitteleuropäischen Versteifung (mit den Weiterleben) der feudalen Vertretungsinstitutionen verflochten hat. Unter dem Titel „Nachwort und Notizen“ stellen die methodischen Untersuchungen von István Kovács plastisch dar, dass den Erbländern des Hauses Habsburg ähnlich auch bei uns oft die Verteidigung der ständischen Privilegien die katholischen und protestantischen Stände nebeneinander stellte und dieser Widerstand konnte nur parallel mit der Verteidigung der staatsrechtlichen Garantien der ungarischen Staatlichkeit erfolgreich sein. Die Gesetze der so oft sitzenden ungarischen Ständetage des 16. Jahrhunderts, die Ergebnisse des von Boeskaï, Tököly, Rákóczi geführten bewaffneten Kampfes usw. hatten beinahe in jedem Fall die Entstehung einer Reihe von staatsrechtlichen Garantien zur Folge (Wahlbedingungen, Palatinalrechte, Krönungseid usw.) sich mit der Aufbewahrung der Privilegien der Adelsstände verflechtend. Deáks „Beitrag“ methodisch verfolgend kommt diese Untersuchung auch zu der Erkenntnis, dass sich diese ungarische ständische Verfassungsverteidigung in Laufe der Zeit mit dem „keimenden modernen nationalen Gedanken“ verflechten konnte. Auch die Ergebnisse unseres Rechtshistorismus zu einer nuancierteren Formulierung bewegend wird zum Beispiel das 10. Gesetz des Jahres 1790/91 angeführt, das Ungarn für ein „selbstständiges unabhängiges Land“ erklärt, das über eine „eigene Verfassung“ (Konstitution) verfügt. Selbst der ständische Widerstand gegen die Herrschaft von Joseph II. konnte also in diesem Sinne positive Züge haben, da dieser Widerstand „die Grenzen der feudalen Privilegien (und) der ständischen Vorrechte von Anfang an übergang“.

„So entstand in Ungarn eine spezifische ständische Verfassungsmässigkeit – können wir den mit Deáks „Beitrag“ eng verknüpften Gedanken zitieren –, die unbeschadet des feudalen Charakters des Ständetages und der Staatsorganisation für das Parlament all jene verfassungsmässige Garantien beanspruchte, die von der politischen Literatur der Aufklärung (schon) im Dienste der Interessen des Bürgertums, für die aus den Vertretern des Bürgertums bestehenden gesetzgebenden Organe erarbeitet wurden. ... Dadurch erhielten die durch die Aufklärung popularisierten und in dieser Zeit sich schon in der Deklaration der französischen Revolution widerspiegelnden verfassungsmässigen Prinzipien in Ungarn einen zwiespältigen Charakter: einerseits verteidigten die das retrograde System der ständischen Privilegien und andererseits brachten sie zugleich auch die rechtlichen Garantien der nationalen Unabhängigkeit zum Ausdruck.“ Mit diesen Gedanken kann also Deáks „Beitrag“ auch heute noch lehrreich für die Erschliessung zahlreicher Fragen der neuzeitlichen ungarischen Verfassungsgeschichte sein.

Genauso wertvolle Anhaltspunkte liefert das dem Werk beigelegte umfangreiche Nachwort in der Erschliessung der Quellen der frühen ungarischen Staatsrechtswissenschaft. Die ersten Ergebnisse von Márton Schödel, Mihály Bencsik und anderer untersuchend trifft wieder die Feststellung zu, dass sich (auch) die Anfänge der ungarischen Staatsrechtswissenschaft mit den ersten Schritten der deutschen Reichs-Staatsrechtswissenschaft beinahe zusammentrafen. Gleichzeitig damit wird im Nachwort erörtert, dass die Wissenschaft des Staatsrechtes ursprünglich mit den wichtigsten protestantischen Staatsideen verknüpft war. So hätte der Lichtblitz der Calvinischen bzw. Lutherschen Staatsideen vielleicht auch

die Anführung der einheimischen protestantischen Ideenträger ermöglichen können. Allerdings ist es wahr, dass bei uns nur das sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entfaltende *jus publicum universale*, bzw. die von Martini, Moser, August Bech bekannten Begründungen das moderne staatsrechtliche Denken seiner Wege abgehen liessen. Die auf naturrechtlichen Grundlagen beruhende und auch die Ansprüche des Absolutismus zum Ausdruck bringende neue Disziplin begünstigte jedoch die Entwicklung der selbständigen ungarischen Staatsrechtswissenschaft verständlicherweise nicht. So erschienen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Wirkung der Abweichen von Wege (Demjén, Petrovics, Lakics) sowie des auflebenden ständischen (adeligen) staatsrechtlichen Denkens nur noch eher eine Art beschreibende (historische) Arbeiten (Beöthy, Virozsil, Cziráki). Nach solchen Vorereignissen ist es also kein Zufall, dass die aufglühende politische Atmosphäre der Jahre vor dem Ausgleich Deáks „Beitrag“ nicht nur wegen seiner politischen Aktualität, sondern auch wegen seiner wirklichen (objektiven) Argumentationen hingerissen hat. Die von Deák zu einem System zusammengefasste Entwicklungsgeschichte des ungarischen ständischen (adeligen) Staatsrechtes lesen können wir auch zum besseren Verständnis einer Periode näher kommen, in der dieses Werk ursprünglich entstanden ist. Ich glaube sogar, dass sich der Vertreter des heutigen modernen Verfassungsrechts nicht irrt, wenn er sagt, dass der „Beitrag“ als ein (klassisches) Werk der ungarischen Staatsrechtswissenschaft gelesen werden muss.

Hinsichtlich der Geschichte der neuzeitlichen ungarischen Staatsentwicklung können wir zu einer ähnlichen Folgerung gelangen, wenn wir in der Reprint-Ausgabe „Ungarisches Staatsrecht“ von Ferencz Deák blättern. Die einschlägigen Ergebnisse von Urbán, Makkai, Kosáry, Hanák und anderen vorzüglichen Historikern in Anspruch genommen könnten wir also auch die betreffenden Lehren der einheimischen methodischen rechtsgeschichtlichen Forschungsarbeit anführen. Die bekannten Forschungen von Bethlen, Rákóczi, die die Periode der Aufklärung bzw. des Josephinismus betreffenden Untersuchungen, sowie die auch den sogenannten politischen Kameralismus berührenden historiographischen Ergebnisse in Betracht gezogen, könnten diese nämlich die Bestrebungen in grossem Masse anspornen, die sich auch auf dem Gebiet des als Folgeerscheinung der einheimischen verspäteten bürgerlichen Umgestaltung bekannten, ungarischen (feudalen) Staatsrechtes nunmehr wirklich doppelten Charakters vollzogen. Selbst in den Diskussionen (*disputationes*) innerhalb der Wände der alten ungarischen Universität, bzw. der konfessionellen Hauptlehranstalten könnte man (retrospektiv) den Gedanken dieser feudalen Verfassungsmässigkeit verfolgen. György Bónis, Géza Bodolay und viele andere haben uns auf diesen Gebiet zahlreiche wertvolle Anhaltspunkte in der wissenschaftlichen Literatur der letzten Jahrzehnte geliefert. Ähnlicherweise könnten wir die mit der Rolle des politischen Kameralismus, bzw. der beschreibenden Staatsstatistik verknüpften staatsrechtsgeschichtlichen Vorereignisse anführen. Das „Nachwort und Notizen“ von Deáks „Beitrag“ ist aber auch noch so ausserordentlich instruktiv für die Vertreter des methodischen Rechtshistorismus. Die Wege der Entstehung des ungarischen feudalen Staatsrechtes forschend zitiert diese Betrachtung so zum Beispiel sehr überzeugend die Krönungsdiplome des 17. Jahrhunderts fast gleichen Inhalts, beziehungsweise die in diesen zum Ausdruck kommenden Garantien. Es ist also kein Zufall, dass das Parlament des Jahres 1861 in Sopron und auch die zahlreichen späteren Bestimmungen der Ständeversammlungen die Verteidigung der erworbenen Privilegien mit diesen Errungenschaften verbunden hat. Eine noch interessantere Frage ist natürlich, wann und auf welche Weise sich die Metamorphose dieser feudalen Verfassungsmässigkeit spezifisch mitteleuropäischen Charakters vollzog. Auch Deáks „Beiträge“ in Betracht gezogen reicht diese Wandlung vermutlich in die Zeiten um ein halbes Jahrzehnt vor den Umgestaltungen von Jahre 1848 zurück, die schliesslich in der betreffenden Region des Kontinents zahlreichen Nationen jenes *modus vivendi* angeboten hat, das in der Schaffung der modernen verfassungsmässigen Staatseinrichtung auch dem liberalen Adel Platz sicherte. Das Besitzerelement konnte das vor allem mit der verbürgerlichten nationalen Intelligenz Arm in Arm tun, beziehungsweise nach den auf halben Wege zurückweichenden Revolutionen mit den dinastischen Mächten übereinkommend, nachdem es manche lebensfähigen Elemente der modernen Verfassungsmässigkeit schon vor 1848 in den Rahmen des feudalen Konstitutionalismus hervorgebracht hat. Das klassische Werk der ungarischen Staatsrechtswissenschaft kann zum besseren Verständnis dieser komplizierten historischen Erscheinung dienen. Wir dürfen hoffen, dass auch die folgenden Bände der Serie eine ähnlich glückliche Wahl darstellen werden.

PÁL HORVÁTH